

# Inhalt

<b>Geleitwort .....</b>	<b>9</b>
<b>Einleitung .....</b>	<b>11</b>
Einleitende Überlegungen .....	11
Unsicherheitsempfinden im Kontext individuellen und organisationalen Handelns.....	17
Quellenlage und Forschungsstand .....	24
Anlage der Arbeit.....	29
<b>1. Grundlagen der Untersuchung .....</b>	<b>33</b>
1.1. Thematische Eingrenzung, Untersuchungsgegenstand und -zeitraum.....	33
1.2. Anstalten als Orte der Transformation von Unsicherheit .....	38
1.3. Rechtsgrundlagen psychiatrischer Zwangseinweisungen im 19. Jahrhundert.....	45
<b>2. Reformversuche des Unterbringungsrechts im späten Kaiserreich .....</b>	<b>49</b>
2.1. Mediale Einzelfälle als Antrieb gesetzlicher Reformen.....	50
2.2. Ansätze einer reichsweiten Regelung.....	50
2.3. Ansätze auf der Landesebene .....	53
2.3.1. Das badische Irrenfürsorgegesetz von 1910.....	53
2.3.2. Preußische Regelungsanläufe .....	56
<b>3. Zwischen staatlicher Kontrolle und ärztlicher Autonomie – Das Ringen um verbindliche Einweisungsregeln in der Weimarer Republik.....</b>	<b>61</b>
3.1. Ärztliche Abwehrerfolge – Das Scheitern eines umfassenden Irrenfürsorgegesetzes .....	62

3.1.1.	Innerbürokratische Diskussionen über die Neuregelung des ‚Irrenrechts‘ .....	62
3.1.2.	Die Grundzüge zu einem Schutzgesetz für Geisteskranke von 1923 .....	65
3.1.3.	Preußische Alleingänge.....	81
3.2.	Zwangseinweisung als polizeiliche Aufgabe – Das preußische Polizeiverwaltungsgesetz von 1931 und der zugehörige Runderlass .....	94
3.2.1.	Unterbringungsrecht als Nebenfolge einer Verwaltungsreform.....	95
3.2.2.	Die Genese des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes in der Ministerialverwaltung.....	101
3.2.3.	Das Polizeiverwaltungsgesetz im Parlament.....	110
3.2.4.	Psychiatrische Zwangseinweisungen im preußischen Polizeiverwaltungsgesetz von 1931 und den folgenden Rechtsverordnungen .....	113
3.2.5.	Stellungnahmen der Fachöffentlichkeit .....	121
3.3.	(K)ein rechtsfreier Raum – Psychiatrische Zwangseinweisungen in der Weimarer Republik.....	133
<b>4.</b>	<b>Devianz als Gefahr für die ‚Volksgesundheit‘ – Normen und Praxis der nationalsozialistischen Psychiatrie.....</b>	<b>137</b>
4.1.	,Rassenhygiene‘ als Staatsräson – Der Umgang mit psychischer Devianz im ‚Dritten Reich‘ .....	138
4.1.1.	Die „Ideenkerne“ der NS-Gesundheitspolitik und ihre Auswirkungen auf die Psychiatrie .....	140
4.1.2.	Nationalsozialistische Verbrechen hinter der „Fassade des bürgerlichen Rechtsstaats“ .....	144
4.2.	Von der Erfassung bis zur Vernichtung – Normen und Maßnahmen im Zusammenhang mit psychischer Devianz nach 1933.....	146
4.2.1.	Das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens (GVG).....	147
4.2.2.	Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN) .....	151
4.2.3.	Die nationalsozialistischen Krankenmorde .....	155
4.3.	Der untaugliche Versuch einer Neuregelung des ‚Irrenrechts‘ im Jahr 1944 ....	163
4.4.	Expandierende Unsicherheiten – Psychische Devianz in der Diktatur .....	166

<b>5. Ein schweres Erbe – Unterbringungsrecht und Psychiatrie in der Besatzungszeit .....</b>	<b>169</b>
5.1. West – Entwicklungen in der britischen Besatzungszone.....	171
5.1.1. Unterbringungsrecht und -praxis.....	171
5.1.2. Der Umgang mit den Medizinverbrechen nach 1945.....	173
5.2. Ost – Entwicklungen in der sowjetischen Besatzungszone .....	177
5.2.1. Unterbringungsrecht und -praxis.....	177
5.2.2. Der Umgang mit den Medizinverbrechen nach 1945.....	184
5.3. Keine ‚Stunde Null‘ – Erbe und Gegenwart der Psychiatrie in der Besatzungszeit.....	190
<b>6. Richter an die Macht – Die Reform der Unterbringungsgesetzgebung in der frühen Bundesrepublik.....</b>	<b>193</b>
6.1. Die Zweifel der Öffentlichkeit – Psychiatrische Einweisungen im Fokus der Medien nach 1949 .....	195
6.2. Die umstrittene Gültigkeit des Art. 104 GG und die Rechtslage in den Ländern.....	203
6.3. Verwaltungsbeamte als Schrittmacher einer Reform – Die Genese des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen von 1956.....	216
6.3.1. Die Erarbeitung eines Ausführungsgesetzes zu Art. 104 GG in der Ministerialverwaltung.....	217
6.3.2. Die Verhandlung des Gesetzentwurfs im Bundestag .....	232
6.3.3. Das Verhältnis von Verwaltung und Interessenverbänden.....	246
6.4. Gesetzesreform als Privatprojekt – Das erneute Scheitern eines Irrenfürsorgegesetzes in der Bundesrepublik .....	253
6.4.1. Die Gesetzentwürfe Friedrich Kochs (BMI) .....	253
6.4.2. Weimarer Wurzeln? – Kontinuitäten und Brüche im Vergleich der Anläufe zu einem Irrenfürsorgegesetz in Weimar und Bonn.....	263
6.5. Die Landesgesetzgebung nach dem Scheitern des Bundesgesetzgebers – Das Beispiel Nordrhein-Westfalen.....	268
6.6. Alte Unsicherheiten im neuen Staat – Unterbringungsrecht in der Bundesrepublik.....	273

<b>7. Überholen ohne einzuholen – Das DDR-Unterbringungsrecht bis ins Jahr 1968 .....</b>	<b>279</b>
7.1. Ein delikates Problem – Ungerechtfertigte Zwangseinweisungen im sozialistischen Staat.....	280
7.2. Sozialismus unter Zugzwang – Die Arbeiten an einer Unterbringungsverordnung und der Blick nach Westen .....	285
7.3. Das Gesetz über die Einweisung in stationäre Einrichtungen für psychisch kranke Personen von 1968.....	298
7.4. Der Klassenfeind als Kontrastfolie – Unterbringungsrecht im ‚anderen Deutschland‘.....	303
 <b>Unterbringungsrecht zwischen Weimar, Bonn und Ostberlin.....</b>	 309
Fazit .....	309
Ausblick und Schluss .....	327
 <b>Danksagung .....</b>	 331
 <b>Abkürzungen .....</b>	 333
 <b>Quellen- und Literaturverzeichnis.....</b>	 335
Quellen.....	335
Ungedruckte Quellen.....	335
Gedruckte Quellen.....	336
Literatur.....	339
 <b>Personenregister .....</b>	 360